

„Die Giche“

Organ des Gewerksvereins der Solzarbeiter Deutschlands S.-D.

Abonnementspreis pro Monat:
30 Goldpf. nntg.

Alle Zuschriften für die „Giche“ an H. Barnholt, Ulm a. D., Karsstr. 47, Telefon 1442.
Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmten Poststücken sind zu adressieren:
Gewerksverein der Solzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 65, Dreifswalder Straße 222.
Sämtliche Bestellungen an M. Schumacher, Berlin N. O. 65, Dreifswalderstr. 222.
Postfachkonto 59321 beim Postbeamten Berlin N. W. 7, Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 6-gespaltene Pettizelle
20 G.-Pf., Arbeitsmarkt 15 G.-Pf.
Ortsvereinsanzeigen 10 G.-Pf.

Klassenkampf und Staatsgedanke.

Verbandskollege Reichstagsabgeordneter Anton Erkelenz schreibt in der Zeitschrift „Die Hilfe“:

„Unsere innerpolitische Lage hat sich etwas beruhigt, ist seit und durch die Marktstabilisierung etwas fester geworden. Umso stärker ist dafür der soziale Kampf geworden. Der soziale Gegensatz, vor allem der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter war selbst in Deutschland nie so scharf, wie er heute ist. In den dunkelsten Zeiten des Sozialistengesetzes war der Teil der Arbeiterklasse, der sich geknebelt und entrechtet fühlte, eine kleine Minderheit. Heute fühlte die gesamte Masse der Arbeitnehmerschaft, die sozialistischen, die demokratischen, die christlichen Arbeiter, die Angestelltenschaft, die Beamtenschaft aller Grade, sie fühlen sich menschenähnlich niedergeschlagen, beraubt, entrechtet, verhöhnt. Sie gehen alle mit ungeheurem Grimm an ihre Arbeit. Sie gehen zur Arbeit oder zum Stempeln, weil der bleiche Hunger sie bei der Kehle hat. Aber sie arbeiten mit dem heißen Willen zur Sache, mit grenzenloser Verachtung vor den Siegern auf dem Schlachtfeld des Klassenkampfes. Sie arbeiten mit verhaltener Wut, aber mit dem Willen, ihre Feinde niederzuschlagen, sobald im geschichtlichen Auf und Ab die Rolle an sie kommt. Am stärksten ist dieser Zwiespalt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Aus der gemeinsamen Kampffront gegen den Landesfeind hat schwerindustrielle Anflugsheit einen unüberbrückbaren Spalt des Klassengegensatzes gemacht. Die Männer, die heute vor Jahresfrist Herrn Fritsch Thullen mit ihren Leibern deckten, verachten ihn heute nicht weniger als sie die Franzosen verachten. Ja, es mag schwer sein, es auszusprechen: wenn heute noch einmal die Franzosen den Arbeitern so mit Sammelstöcken entgegen-träten wie vor Jahresfrist, würde ihre ganze Aktion vielleicht aussichtsreicher werden als sie je war.“

I.

Vielleicht haben die wenigsten Zeitungsläser diese seelische Revolution bemerkt und beachtet, wenn sie in den letzten Monaten von Arbeitszeitkämpfen und ähnlichen Dingen lasen. Wahrscheinlich sind die meisten Leser heute noch ein Opfer der Stimmungsmache, die seit Jahren gegen die neuere Arbeitszeitregelung getrieben wird. Dies Blatt war seit seinem ersten Tage eine Freistadt des entschiedenen reformerischen Liberalismus. Die „Hilfe“ war die Kanzel, von der aus den Arbeitnehmern der Gedanke der Volksgemeinschaft zuge-tragen wurde. Aber von dieser Kanzel aus erlang auch, klarer und wichtiger, als von irgend einer anderen Stelle der Ruf nach der sozialen Pflicht an die Oberbehörden. Hätten diese Gedanken auch nicht parteibildende Kraft, so haben sie doch alle Parteien durchdringt, durchhämert und reich-tend deshalb weiter in eine Partei hinein. — Wenn wir so Umschau halten über dreißig Jahre „Hilfe“, dann sehen wir manchen aus ihrem Kreise, der müde geworden. Manchen erscheinen die Ideale von 1890 etwas zu luftig, zu weltfremd gewesen zu sein. Die Tageslast, das ewige Einerlei des Tageskampfes hat den einen oder anderen müde gemacht. Aber das Feuer, das Raumann damals in die Massen warf, war heiliges, unergän-gliches Feuer. Was Raumann, was der Evange-lisch-Soziale Kongress, ja, was die damaligen Beratern Wilhelms II., insbesondere Berlepsch, woll-ten, war ein großer, formender Gedanke, wie er nur ganz selten im Völkerverleben lebendig wird. Es war der Versuch, dem äußerlich geeinten deutschen Reich endlich auch eine innerlich geeinte Nation zu geben. Denn noch gab es ein: deutsche Nation nicht, es gab Klassen und Kasten, Stämme und Völkern, Herren und Diener, Lakaien und Befehler.

Ist nicht die Stunde da, an Raumanns An-fangszeit, an Berlepsch, an Adolf Wagner und manchen andern zu erinnern? Denn die Brand-tadel des Klassenkampfes, die heute von einer übermütigen Schwerindustrie ins Land geworfen ist, dürfte, in ihrer von siegreichen Feinden umlauerten, schwachen Reize unendlich viel gefährlicher sein, als jemals früher. Heute ruft ein von Idealen beflügelter reformistischer Sozialismus entgegen, er muß mit feurigem Willen in die Massen gehen, oder Deutschland ist verloren, weil es verendet oder Deutschland ist verloren, weil es verendet an Knochenbrak und Leistung.

II.

An der Arbeitszeit tobt sich hauptsächlich der Klassenkampf aus. Nicht nur an der Arbeitszeit. Die Lohnfrage bei Beamten, die Gehaltsfrage spielt hinein. Dann gilt der Kampf dem Tarif-wesen, den amtlichen Schlichtungsstellen usw. Man lese:

Rundschreiben der Deutschen Arbeitgeber-verbände vom 19. 1. 24:

Betr. Durchführung des Kampfes gegen den Tarifzwang.

„In ausdrücklicher Bestätigung der Beschlüsse vom Dezember 1923 wird als unverändertes Ziel der deutschen Arbeitgeberverbände die Be-seitigung der staatlichen Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Tarif- und Lohnpolitik“ — „die Beilegung jedes Tarifzwanges mit gleich-zeitiger grundsätzlicher Aenderung der Schlich-tungsverordnung erklärt.“

„Die Arbeitgeberverbände werden verpflich-tet, in Tarifstreitigkeiten nicht selbst die staat-lichen Schlichter und Schlichtungsausschüsse anzu-rufen.“ — „Die Arbeitgeberverbände verpflich-ten sich, ihrerseits keinesfalls Anträge auf Ver-bindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen zu stellen.“

„Schiedsprüche, die auf Antrag der Ar-beitnehmer oder von Amts wegen verbindlich erklärt sind und von den Arbeitgebern als wirt-schaftlich nicht tragbar abgelehnt werden müssen, werden nicht durchgeführt, wobei auch vor der Stilllegung der Betriebe als Kampfmaßnahme und letztes Mittel nicht Halt gemacht werden soll.“

Die Arbeitszeitfrage ist aber tatsächlich die Hauptfrage. Sie muß als solche auch an dieser Stelle nochmals eine Würdigung finden. (Siehe auch Nr. 17, 1923 der „Hilfe“.)

III.

Kann in kürzerer Arbeitszeit dasselbe geleistet werden wie in längerer? Darum geht der Streit. Denn daß wir auch nach einem verlorenen Kriege nicht weniger leisten dürfen als vorher, ist von den Grundlagen der europäischen Zivilisation aus gesehen, unzweifelhaft. Die Frage ist längst von der Entwicklung beantwortet. Von den Tagen der Watt und Antworth an bis heute, lehrt die in-dustrielle Geschichte auf jedem Blatt, daß man in kürzerer Arbeitszeit, mit gewissen Grenzen und un-ter gewissen Voraussetzungen mehr leisten kann, als in längerer Arbeitszeit. Die industrielle Entwic-klung begann mit 16 stündiger Arbeitszeit bei un-geheurer Ausbeutung der Frauen und Kinder. In hundert Jahren verkürzte sich die Arbeits-zeit auf zehn, neun und acht Stunden. Und den-noch ja gerade deshalb liegt die Arbeitsleistung auf ein vielfaches. Schulze-Gaevernik schreibt 1892 sein immer noch modernes Buch über den „Großbetrieb“. Es enthält einen Berg von Zif-fern, von denen hier nur zwei folgen. Die Wochen-leistung eines englischen Spinners betrug:

Wochenerzeugung	Arbeitszeit	Leistungskosten pro 1000 Spinnern
1837 3000 Spinnern	72 Std.	200 pence 42 Schilling
1891 34000 „	54 1/2 „	23 „ 44 „

Man sieht, die Leistung hat sich verzehnfacht, die Arbeitszeit ist um 25 Prozent verkürzt, die Selbstkosten für die Fabrik sind auf ein Neuntel gesunken, der Lohn ist gestiegen. Ja, wenn man Kaufkraft des Lohnes in Pfunden Weizenmehl umrechnet, verdiente der Spinner 1837 rund 267 Pfund Weizenmehl, 1891 aber 406 in der Woche. Dem Laien erscheint das wie eine geschmacklos: Unmöglichkeit. Der Techniker dagegen weiß, daß es in allen Industrien zahllose solcher Beweise gibt. Technische Verbesserung der Betriebe: und bessere Schulung der Arbeiter haben diese Entwic-klung zu Wege gebracht. Und mit dem Neun-tendertag ist durchaus nicht das Ende dieser Ver-besserung erreicht. Die Mittel der technischen Ver-besserung sind keineswegs erschöpft. Und was sich in hundert Jahren bewiesen hat, kann heute nicht falsch sein.

IV.

Nun kann keineswegs geleugnet werden, daß nach dem Kriege in allen Ländern weniger geleistet wurde als vor dem Kriege. Unverkennbar ist die deutsche Leistung erheblich gesunken. Liegt das ganz oder überwiegend oder auch nur wesentlich an der kürzeren Arbeitszeit? Im allgemeinen: an der kürzeren Arbeitszeit? Im allgemeinen: Nein! Die Gründe haben wir in Nr. 17 des vorigen Jahrganges eingehend gewürdigt. Wir

fassen sie hier noch einmal knapp zusammen und verweisen zur Erläuterung auf den angegebenen Aufsatz:

1. Friedensvertrag und Abtretungen.
2. Verwirrung im seelischen Zustand der Be-völkerung durch Krieg und politische Er-eignisse.
3. Zerstörung der feineren Teile der wirtschaft-schaftlichen Organisation.
4. Verschiebung in den Arbeitskräften (Kriegs-berwundete).
5. Leerlauf durch Behördenanschwellung und Zwangswirtschaft.
6. Unterbindung der Freizügigkeit durch Woh-nungsmangel.
7. Unruhe durch Geldentwertung, Lohnsteiger-ung und Preissteigerung.
8. Anschwellung unproduktiver Berufe (Banken, Handel.)
9. Störung des Verkehrsapparates.
10. Verschiebung der Versorgung mit Rohstoffen.
11. Mehr Landesgrenzen und Zollhemmungen.
12. Sammeln von Werten, Immobilisierung des Betriebskapitals, Luxusverbrauch.
13. Ungenügende Neuanlagen in Bergwerken.
14. Politische Unruhe, Sozialisierung.
15. Herabsetzung der Lebenshaltung.
16. Man schaffe um jeden Preis keine Kalku-lation.
17. Verkürzte Arbeitszeit ohne ausreichende tech-nische Anpassung.

Der größte Teil der Gründe, die in den letzten Jahren die Arbeitsproduktivität vermindert ha-ben, fällt weg, sobald wir dauernd einen festen Geldwert haben. Stabiler Geldwert bringt eine gesteigerte Arbeitsleistung, da die Verlotterung durch die Inflation wegfällt. Eine feste Mark ver-treibt die Spekulation aus den Betrieben und er-leicht sie durch Kalkulation.

V.

Nun ist das Verhältnis von Arbeitszeit und Arbeitsleistung keineswegs ein schematisches. Nicht alle Betriebszweige sind gleich. Der seelische Zu-stand der Arbeitnehmer spielt eine entscheidende Rolle mit. Der körperliche, d. h. insbesondere der Ernährungszustand ist wichtig. Je mehr manuelle Arbeitskraft bei einem Arbeitsvorgang aufzuwen-den ist, umso weniger kann in kürzerer Zeit das-selbe geleistet werden. Je stärker die Maschine in den Dienst der Arbeit eingespannt wird, umso mehr kann in kürzerer Zeit geleistet werden. Deshalb wirkt sich im Transportgewerbe die kürzere Ar-beitszeit überwiegend als Leistungsverminderung aus. Dasselbe gilt in weitem Umfange für das Handwerk und den kleineren Betrieb. Aber über-all da, wo die Maschine die hauptsächlich pro-duzierende Kraft ist, wo der Mensch nur als der Aufpasser der Maschine eintritt, da bedeutet kür-zere Arbeitszeit gesteigerte Leistung, sobald eine-strenge Betriebsorganisation alle Vorteile aus-nützt. Auch in anderer Weise kommt oft dasselbe Ergebnis heraus. Ein Weibstuhl macht z. B. eine bestimmte Tourenzahl in der Minute. Deshalb kann scheinbar die frühere Arbeitsleistung in der kürzeren Zeit nicht erreicht werden. Eine me-chanische Betriebsleistung wird aber von einem lei-stungswilligen Arbeiter verlangen können, daß er statt einen, zwei, oder statt zwei drei Weibstühle bedient und wird so dieselbe Arbeitsleistung er-reichen können. Kürzere Arbeitszeit heißt für den Arbeiter eben auch intensivere Arbeit. Und wer sich dessen weigert, ist ein Gegner des Achtstun-detages, mag er sich mit den Lippen noch so stark dazu bekennen. Es muß festgestellt werden, daß in dieser Anpassung an neue Verhältnisse die Ar-beiter vielfach selber versagt haben. Deshalb haben sie sich die Schwierigkeiten zum Teil selber ge-schaffen. Aber es gibt auch in der Unternehme-rschaft zahlreiche Betriebsleiter, die sich der i-gigen schematischen Arbeitszeitverlängerung widersetzen. Aus den Düsselbacher Röhrenwalzwerken sind z. B. zwei Direktoren ausgeschieden, weil sie dem Befehl des Konzerngewaltigen Abwärts, die Ar-beitszeit zu verlängern, sich nicht fügen wollten. Sie wußten aus eigener Erfahrung, daß in ihrem Großbetriebe auch mit dem Achtstundentag die er-forderliche Leistung zu erreichen war. Gegen alle diese Gründe kommt aus dem Lager der prak-tischen Unternehmer oft der Einwand, daß nur Theoretiker oder Idealisten solche Behauptungen

Über die Wirkung kürzerer Arbeitszeit aufzustellen. Das ist der bekannte Einwand des „Praktikers“ der immer kommt, wenn eine unbequeme Neuerung durchgeführt werden soll.

VI.

Prüft man das ganze sachliche Material, so kann man folgendes feststellen:

1. Die Tendenz zu weiterer Verkürzung der Arbeitszeit entspricht seit länger als hundert Jahren der industriellen Entwicklung. Die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit liegt auf der Linie natürlichen Fortschritts. In dieser Hinsicht ist die Technik noch lange nicht erschöpft.

2. Eine schematische Regelung der Arbeitszeit ist unzweckmäßig. Die Arbeitszeit muß dem technischen Stande der einzelnen Betriebszweige angepaßt werden. In gewissen Teilen des Transportwesens, des Handwerks und der Kleinbetriebe ist die Aufrechterhaltung der Arbeitsleistung bei kürzerer Arbeitszeit sehr viel schwerer. Es kann möglich.

3. Daraus ist in fast allen Betrieben mit moderner Arbeitsteilung die weitaus größere Mehrzahl die planmäßige Verkürzung der Arbeitszeit ohne Einschränkung der Leistung möglich, wenn eine kräftige Betriebsorganisation gesichert ist. Nach den neuesten englischen Erfahrungen gilt diese Regel selbst im Bergbau.

4. Diese Regeln sind durch Jahrzehnte hindurch in allen Industrieländern heftig. Auch Krieg und Revolution ändern diese Lage nicht wesentlich. Wenn die Entwicklung nach dem Kriege teilweise dem zu widerprechen scheint, so ist das eine Folge der Geldentwertung und der politischen Unruhen.

Daraus ergeben sich die Schlussfolgerungen für den derzeitigen sozialen Klassenkampf. Es ist teils Unverständnis, den Abschlußtag für die Währungs- oder Wirtschaftskrise verantwortlich zu machen. Bei der leitenden Schwerindustrie, die im Ruhrgebiet das Signal zu diesem Kampfe gegeben, ist es aber keineswegs Unverständnis, sondern zielbewußter Klassenkampf. Hier liegt der Wille vor, die Arbeitnehmer wieder völlig zu entrechteten, selbst sogar unter Anreicherung des Landesfeindes (Röhmern). Dem müssen sich alle fortschrittlichen Elemente des Landes widersetzen. Eine starke Staatsgewalt muß auch weiter die Aufgabe übernehmen, zu vermitteln. Ein Staat, der darauf verzichtet, der sich in die Hände der Schwerindustrie und der großen Konzerne begibt, untergräbt seine eigene Stellung. Alle dieartigen Bürger und Parteien, die den Staat stärken wollen, sind deshalb natürliche Verbündete einer fortschrittlichen Arbeitszeitregelung. Insbesondere müssen die fortschrittlichen Unternehmer zur Ueberwindung des Klassenkampfes zusammenwirken mit den fortschrittlichen Arbeitnehmern. Leider steht ein großer Teil der Unternehmer unter dem einseitigen Einfluß der Schwerindustrie und vertritt kein wahres Interesse, nämlich, gemeinsam mit den Arbeitnehmern den ausbeuterischen Tendenzen der Rohstoffindustrie entgegenzuwirken. Umso mehr gilt es für eine wahre öffentliche Meinung, den sozialdemokratischen Tendenzen entgegenzutreten und nicht zum Opfer einer „Bretz nach Schwerindustrie“ alimentierter Zeitungen zu werden.

Reichskonferenz des Gewerkschaftsrings

1

In voriger Nummer der „Eich“ machten wir bereits Mitteilung von dieser am 10. März stattgefundenen Reichskonferenz. Dieselbe wurde geleitet vom Vorsitzenden, Landtagsabgeordneten Kollegen Günter Hartmann, welcher die Forderung der gleichberechtigten Mitarbeit der Arbeitnehmer bei Lösung aller Fragen der Wirtschaft aufstellte. Die einzelnen Landes- und Bezirksgruppen des Gewerkschaftsrings hatten Vertreter aus allen Bundesländern entsandt, darunter auch aus Österreich, Saarland, von Rhein und Ruhr und aus Dänemark. Ein außerordentliches Streikereignis waren als Vertreter die Kollegen von Jagen und Berlin erschienen. Das Kriegsministerium war ebenfalls anwesend und auch des Reichsinnenministeriums waren Vertreter.

Das einleitende Wort hielt Professor Bonn von der „Gewerkschaften“. Nach Aufklärung der Lage in der Arbeit eine von vorübergehender Natur durch Schaffung verträglicher Arbeitsbedingungen zwischen Deutschland und Frankreich. Das Streikereignis ist ein sehr wichtiger, in das die Gewerkschaften sehr viel einfließen. England steht im Moment sehr weit zurück. England steht im Moment sehr weit zurück. England steht im Moment sehr weit zurück.

Verlag und verantwortlich für die Redaktion: G. Bernholt, Ulm a. Do., Karlsruherstr. 47. Telefon 1442. Druck: Gustav Tegen, Trebbin (Kr. Teltow).

In Deutschland haben sich die innerpolitischen Verhältnisse in den letzten Jahren von Grund auf gewandelt, 1918 war der größte Teil der Bevölkerung sozialistisch und der Kapitalismus im Gefühl seiner Schwäche bereit, zu irgendeinem verhältnismäßig günstigen Satz zu akkordieren und es ist merkwürdig, daß der Sozialismus diese günstige Gelegenheit, seine Sozialisierungsideale zu verwirklichen nicht auszunutzte. Daß trotzdem in Deutschland eine Enteignung durch die Inflation stattgefunden hat, die sehr viel radikaler war, als die durch den Bolschewismus in Rußland durchgeführte, ist nachträglich festzustellen, diese Enteignung ist aber nicht bewußt herbeigeführt worden.

Den führenden Wirtschaftskreisen ist es zum Vorwurf zu machen, daß sie der rechtzeitigen Stabilisierung widerstrebten, weil sie auf die Inflationsgewinne nicht verzichten wollten. Ihre kurzfristige Politik hat sie jetzt selbst in die schwierigste Lage geführt, die Stabilisierung auf dem hohen Stand entwertete vollständig ihre Geldrücklagen, die Industrie sitzt in tadellos mit Inflationsgewinnen verbesserten Werken, und hat weder Betriebskapital noch Absatzmöglichkeit an die in der Kaufkraft vollständig geschwächte Bevölkerung. Der heimische Kapitalmarkt ist zerstört, nur ausländischer Kredit kann uns noch helfen. Damit das Ausland aber Geld leiht, ist es nötig, daß wir eine moralische Kreditwürdigung nachweisen. Inländische Kapitalbildung muß durch hohen Zinsfuß, der zum Sparen anreizt, gefördert werden.

Der allgemeine Druck auf die Löhne und Gehälter ist eine unsmünge Politik, weil man auf diese Weise die Konsumenten totschlägt. Die deutsche Industrie muß lernen, daß sie vorübergehend auch einmal mit Verlust arbeiten muß, sie kann bei den niedrigen Löhnen und der deutschen Lächerlichkeit mit ihren Produkten billig sein.

Wir stehen vor einer großen Agitation für Schutzzölle, obwohl die inländischen Erzeugnisse im Augenblick durch die Inflation unter Weltmarktpreis liegen.

Die Gewerkschaften sollen darüber machen, daß die Wirtschaftspolitik nicht von den Interessenten, sondern von unabhängigen Führern gemacht wird. Dabei darf aber nicht veräußert werden, alle Interessenten als Sachverständige zu hören.

Im Kriege hat man versucht, alle Schwierigkeiten mit Gewalt zu überwinden, auch jetzt gibt es Kreise, die an die Wunderwirkung eines Diktators glauben. Aber wie ein Krieg an sich nie eine Lösung gebracht hat, so geht es auch in der Wirtschaft nicht mit Gewalt. Frankreich hat wirtschaftlich an der Ruhr nicht gesiegt, ebensowenig wie Rußland mit seinen bolschewistischen Tendenzen durchkommt, wenn es sich bei anderen Völkern Geld erbetteln muß.

Aber auch Fernunft allein schafft nicht, hinter der Betrauung muß ein Glaube stehen und eine Weltanschauung.

Der Kern aller europäischen Fragen liegt bei dem Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, wenn diese Beziehung sich löst, ist die europäische Krise überwunden. Die Befreiung Deutschlands erfolgt durch die Lösung der Wirtschaftskrisen.

Der zweite Redner, der Generalsekretär des Gewerkschaftsrings, Herr Meier, zeichnete in kurzen scharfen Zügen die wirtschaftliche und sozialpolitische Stellungnahme des Gewerkschaftsrings an diesem Tag. Er fordert die Gewerkschaften, die Arbeiter zu einem höheren Stand der Bewußtsein zu erheben, die Streikereignisse konsequenter abzuwickeln.

Der dritte Redner, Herr Meier, meinte, daß die Stellung der Gewerkschaften zur Frage der Schaffung der Sozialpolitik der Aufhebung der Reparationen ihr rein Klassenkampfartigem Vorgehen den Arbeitnehmern gegenüber und vor allem eine Stellung der sozialpolitischen Erziehungsaufgaben der letzten Jahre.

Der Staat der Weimarer Verfassung ist nur lebendig durch soziale Bindungen, er ist bis jetzt noch nicht lebendig geworden, weil diese Bindungen immer wieder erlöschten wurden. Der diese Bindungen löst, löst das Sozialgesetz auf.

Nachdem in der Aussprache die Vertreter der abgeordneten und beteiligten Gebiete die Größe ihrer Beauftragungen besprochen hatten, schloß die Vormittags-Sitzung. Der Nachmittag war mit internen Beratungen über sozialpolitische und organisatorische Fragen vorbehalten. Als Ergebnis der Aussprache wurden 3 Entschließungen angenommen: zur Arbeitszeit, zur Erwerbslosenfürsorge und zum Schlichtungsverfahren. In der Entschließung zur Arbeitszeit protestiert der Gewerkschaftsring gegen das Bestreben der Arbeitgeber zur Einführung des schematischen 9- und 10-Stundenarbeits.

(Fortsetzung folgt)

Reichsmantelvertrag

Der Arbeitgeberverband der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes teilt uns unterm 20. März folgendes mit:

Der Ausschuss unseres Verbandes hat sich unterm 17. März 1924 mit den Vertretern der mitverbindlichen Arbeitgeberverbände am 17. und 18. d. März in Nürnberg mit der seit Verlagerung der par-

tischen Verhandlungen in Weimar über den Reichsmantelvertrag geschaffenen Lage beschäftigt. Es wurde beschlossen, den Weg der zentralen Verhandlungen weiter zu verfolgen.

Der vom Reichsarbeitsminister gestellte unparteiische Vorsitzende soll ersucht werden, sofort vermittelnd einzugreifen; gegebenenfalls soll über die in der Vereinbarung vom 27. Februar behandelten Punkte ein Schiedspruch herbeigeführt werden.

Die neungliedrige Verhandlungskommission wurde beauftragt, die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsminister zu führen.

Wir bitten, von Obigem Kenntnis zu nehmen und teilen ihnen gleichzeitig mit, daß wir inzwischen beim Reichsarbeitsministerium vorstellig geworden sind.

Eine Entscheidung über unsern Antrag, das Schlichtungsverfahren fortzuführen, ist uns in Kürze zugefagt.

Sodachungsvoll

Folgen Unterschriften.

Wir geben dieses Schreiben im Wortlaut wieder, wodurch auch die vielen an uns gerichteten Anfragen beantwortet sind.

Sterbefälle des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Die Generalversammlung, welche am Sonntag, den 23. März 1924, in Berlin tagte, faßte folgende Beschlüsse:

§ 4 letzter Absatz erhält folgenden Zusatz:

Bei der Beitragsrückgewähr werden nur die seit der im Jahre 1924 erfolgten Umstellung auf Goldrechnung geleisteten Goldbeiträge angerechnet. Sind im Zeitpunkt des Austritts noch nicht für 3 Jahre Goldbeiträge gezahlt, so erwächst keinerlei Anspruch auf Rückvergütung.

§ 5 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Stirbt ein Mitglied, so wird an die erbberechtigten Hinterbliebenen ein Sterbegeld gezahlt. Die Höhe desselben richtet sich nach der Dauer und Höhe der geleisteten Wochenbeiträge und beträgt:

Table with 2 columns: Duration of contributions and corresponding death benefit in Goldmarks. Rows: nach 52 Wochen 50 Goldmark, nach 104 Wochen 55 Goldmark, nach 156 Wochen 60 Goldmark, nach 208 Wochen 65 Goldmark, nach 260 Wochen 70 Goldmark, nach 520 Wochen 75 Goldmark.

Die beiden letzten Absätze des § 5 werden gestrichen. In § 8 werden die Worte: „Sofern die gesamten Versicherungen 750 Mark nicht übersteigen“ gestrichen.

§ 8 erhält folgende Zusätze:

Mitglieder, welche der Kasse vor dem 1. Juli 1914 beigetreten sind, und das 40. Lebensjahr überschritten haben, können nur den Beitrag in Goldpfennig entrichten, welchen sie am 1. Juli 1914 gezahlt haben.

Mitglieder, welche nach dem 1. Juli 1914 der Kasse beigetreten sind, und das 45. Lebensjahr überschritten haben, können sich ab 1. Januar 1924 nur mit 5 oder 10 Goldpfennig Wochenbeiträge versichern.

Der höchst zulässige Wochenbeitrag für Mitglieder unter 40 Jahren beträgt ab 1. Januar 1924 25 Goldpfennig.

Als Uebergangsbestimmungen gelten:

Für Mitglieder, welche vor dem 1. April 1914 der Kasse beigetreten sind, und ab 1. Januar 1924 13 wertbeständige Beiträge geleistet haben, beträgt das Sterbegeld bis 30. Juni 1924 ein Viertel der Versicherungssumme. (Alles weitere wird durch die Bestimmung des § 6 der Satzung geregelt.)

Der Geschäftsverkehr des Vereins beruht auf der Goldmark (= 10,42 Dollar). Zahlungen an die Kasse und von der Kasse erfolgen in Rentenmark oder Reichswährung zum jeweiligen Kurse der Goldmark.

§ 22 erhält folgenden Zusatz:

Die Mitglieder des Aufsichtsrats gelten als ermächtigt, dringliche Änderungen des § 5 mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vorläufig vorzunehmen. Diese Änderungen sind der Generalversammlung bei ihrem nächsten Zusammentreten vorzulegen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn die Generalversammlung es verlangt.

§ 27 Abs. 2 ist nach dem Worte „Privatversicherungsgesetz“ einzufügen: „In der Fassung der Novelle vom 19. Juli 1923.“

Der Vorstand wurde beauftragt, diese Beschlüsse sofort dem Aufsichtsrat zur Genehmigung zugehen zu lassen und sollen dieselben sofort in Kraft treten. Die Kassierer werden hierdurch ersucht, schon jetzt nach diesen Beschlüssen zu verfahren, da die Genehmigung voraussichtlich sehr schnell erteilt wird.

Für den Vorstand: M. Schumacher.

Modellsticker

ledig, welcher flott und selbständig arbeitet, stellt ein. Schriftliche Angebote mit Altersangabe an Modellfabrik Wrathe, Landsberg/Warthe.